Haushalts- und Finanzausschuss

84. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Stefan Welter, Gertrud Schröder-Djug, Thilo Rörtgen, Eva-Maria Bartylla,
Franz-Josef Eilting (einschließlich Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur heutigen Tagesordnung	7
Aktuelle Viertelstunde	8
<u>Thema:</u> Auswirkungen des Konjunkturpaktes II auf Nordrhein-Westfalen	
Bericht des Finanzministers	
– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	8
– Aussprache	12

1 Gesetz über die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2008) 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7930

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds für die Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an den finanziellen Lasten des Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes (Abrechnungsfondsgesetz – AFoG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7940

Ausschussprotokoll 14/803 (Anhörung)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss **nimmt** die **vier Änderungsanträge** der Fraktionen der CDU und der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **an**.

Der Ausschuss **fasst** sodann einstimmig den auf Seite 4 des Ausschussberichts Drucksache 14/8320 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, den **Entwurf des Dritten Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 Drucksache 14/7930** mit den soeben beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Ebenso mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag, den **Entwurf des Abrechnungsfondsgesetzes Drucksache 14/7940** unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatteerin: Ausschussvorsitzende Anke Brunn (SPD)

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 **30**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Vorlagen 14/2021 und 14/2289

Vorlage 14/2116 (Ergebnis des Berichterstattergesprächs)

Vorlage 14/2269 (Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform)

Ausschussprotokoll 14/738

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 14/7002 und 14/7900** unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zur zweiten Lesung unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatter: Martin Börschel (SPD)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) **33**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7000 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Drucksache 14/7001 (Finanzbericht 2008 bis 2012)

Vorlage 14/2060
(Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2009 und 2008)

Vorlagen 14/2102 bis 14/2108, 14/2110 bis 14/2112, 14/2114 und 14/2115
(Ergebnisse der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 14/2250 bis 14/2268
(Berichte der Unterausschüsse und Fachausschüsse)

Ausschussprotokoll 14/803

Aufgerufen sind ferner alle weiteren zum Haushalt eingegangenen Vorlagen und Zuschriften

Generalaussprache 33

Abschließende Beratung und Abstimmung 37

Zur **Übernahme** von in den Fachausschüssen gestellten **Anträgen** und zur Übernahme der im Unterausschuss „Personal“ sowie im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ gefassten **Beschlüsse** sind die Ergebnisse den Seiten 6 f. des **Ausschussberichts Drucksache 14/8000** zu entnehmen.

Alle in der heutigen Sitzung zum Personal- und Sachhaushalt gestellten **Änderungsanträge** mit Begründung sowie die **Abstimmungsergebnisse** sind den **Berichten** des Haushalts- und Finanzausschusses – **Drucksachen 14/8000 bis 14/8006, 14/8008, 14/8010 bis 14/8015 und 14/8020** – zu entnehmen.

In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wie folgt wiedergegeben:

Personaletat 38

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung 39

Einzelplan 02: Ministerpräsident 42

Einzelplan 03: Innenministerium 43

Einzelplan 04: Justizministerium 43

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung 44

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie 45

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie 47

Einzelplan 14:	Ministerium für Bauen und Verkehr	48
Einzelplan 15:	Ministerium für Generationen, Familie und Integration	49
Schlussabstimmung		51

Der Ausschuss **fasst** einstimmig den auf Seite 4 des Ausschussberichts Drucksache 14/8020 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den **Geszentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 14/7000 und 14/7900** unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen **zur zweiten Lesung anzunehmen**.

Berichterstatter: Lutz Lienenkämper (CDU)

4 Initiative Finanzverwaltung: Einnahmeverwaltung stärken – Effizienz verbessern – Gerechte Steuererhebung gewährleisten 52

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4442

Ausschussprotokoll 14/588

In Verbindung mit:

Stabile Finanzen und eine gut aufgestellte Finanzverwaltung – Zwei Seiten ein und derselben Medaille

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6848

Vorlage 14/2166

Ausschussprotokoll 14/700
(Expertengespräch des Unterausschusses „Personal“)

Und:

Steuerflucht bekämpfen – endlich mehr Personal in die Steuerprüfung

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6337

Der Ausschuss **nimmt** den **Entschließungsantrag** aller vier Landtagsfraktionen (s. **Drucksache 14/8353**) einstimmig **an**.

Zugleich werden die **Anträge** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/4442**, der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 14/6848** und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6337** für **erledigt erklärt**.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7000 und 14/7900 (1. Ergänzung)

Drucksache 14/7001 (Finanzbericht 2008 bis 2012)

Vorlage 14/2060 (Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2009 und 2008)

Vorlagen 14/2102 bis 14/2108, 14/2110 bis 14/2112, 14/2114 und 14/2115
(Ergebnisse der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 14/2250 bis 14/2268
(Berichte der Unterausschüsse und Fachausschüsse)

Ausschussprotokoll 14/803

Aufgerufen sind ferner alle weiteren zum Haushalt eingegangenen Vorlagen und Zuschriften

Generalaussprache

Ewald Groth (GRÜNE) bezeichnet diesen Haushaltsentwurf als Makulatur. Das müsste auch nach Einschätzung des Finanzministers so sein. Der Finanzminister habe im Dezember allein wegen der Pendlerpauschale, wegen der Kfz-Steuer usw. eine Ergänzungsvorlage angekündigt. Die Beratungen in dieser Frage seien verzögert. Der Haushaltsplanentwurf entspreche nicht mehr dem heutigen Wissensstand. Deshalb halte seine Fraktion es für nicht richtig, so weiter zu verfahren. Es wäre sinnvoll gewesen, jetzt auch das Konjunkturpaket II mit zu verankern. Stattdessen rede die Landesregierung dauernd davon, dass der Haushalt mit der ersten Ergänzungsvorlage ohne eine zweite – angekündigte – Ergänzungsvorlage verabschiedet werden solle. Dieser Haushalt stemme die notwendigen Dinge nicht in der gebotenen Eile.

Im Übrigen stünden die Grünen nicht auf der Bremse, auch nicht bei diesem jetzt gewählten Verfahren, obwohl die Grünen dieses Verfahren für falsch hielten. Nächste Woche Freitag könnte die dritte Lesung stattfinden. Die Koalitionsfraktionen hätten das aber nicht beantragt; FDP und CDU seien sich noch nicht einig darüber, wie sie es machen wollten. Die Grünen könnten sich dem jedenfalls nicht widersetzen. Dann wäre der Haushalt beschlossen. Seine Fraktion rate aber davon ab. Es bedürfe zunächst einer zweiten Ergänzungsvorlage, Stichworte Kfz-Steuer, Pendlerpauschale, zweites Konjunkturpaket. Das Ganze könnte in einem beschleunigten Verfahren innerhalb von sechs Wochen durchgesetzt werden. Die Grünen hätten das angeboten.

Noch etwas zu dem Thema, wer auf der Bremse stehe: Zu diesem Haushalt habe seine Fraktion ihre ersten Anträge bereits im Oktober gestellt. Die Grünen hätten alle

ihre Haushaltsanträge in den Fachausschüssen diskutieren lassen. Sie seien vielfach diskutiert, transparent, seriös gegenfinanziert und trotzdem natürlich von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden, obwohl sie jetzt bei den entsprechenden Teilen des Konjunkturpaketes des Bundes Beifall klatschten.

Zur Schnelligkeit könne er nur sagen, die ersten Anträge der Koalitionsfraktionen habe man gestern Mittag im Unterausschuss „Personal“ auf dem Tisch gehabt. Die Anträge der SPD hätten auch nicht viel früher vorgelegen. Über Nacht würden hier Anträge vorgelegt, die noch kein Mensch gesehen habe, während die Anträge der Grünen seit vielen Monaten vorlägen.

Das halte er für ein nicht akzeptables Verfahren. Das sei ein Ritual einer Haushaltsberatung, die nach außen überhaupt nicht mehr transparent werde. Das sei eine Missachtung des Parlaments. Hier werde gar nicht mehr diskutiert. Innerhalb von 24 Stunden könne das niemand nachvollziehen. Die Fraktionen sollten sich aber dazu verhalten. Das werde seine Fraktion auch tun – mit aller Sorgfalt, die sie innerhalb von 24 Stunden habe aufwenden können.

Aber das sei eine Farce. Es handele sich hier um das Parlament von Nordrhein-Westfalen. Der Haushalt umfasse viele Milliarden Euro. Die Koalitionsfraktionen legten aus ihrer Sicht wichtige Änderungen vor. Denen würden die Grünen teilweise zustimmen, sie teilweise aber auch ablehnen. Wenn die Koalitionsfraktionen die Haushaltsberatungen ernst nähmen, müssten sie diesem Parlament auch Gelegenheit geben – das gelte auch für die Fraktion der SPD –, inhaltlich über die Anträge zu diskutieren. Dieses Verfahren lasse sich keinem Bürger oder Verein, wirklich niemandem gegenüber vertreten. Mit Eile habe das nichts zu tun. Das sei mangelnde Sorgfalt und mangelnde Transparenz. Seine Fraktion protestiere dagegen auf das Heftigste. Ein solches Verfahren sollte es in Nordrhein-Westfalen nicht weiter geben.

Gisela Walsken (SPD) stellt fest, dass es solche Verfahrensdiskussionen und Fristendiskussionen bei Haushaltsplanberatungen auch in der Vergangenheit immer gegeben habe. Sie erinnere sich besonders gut daran, wie sich Herr Diegel damals immer eingebracht habe. Jetzt sehe man, wie die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP es selber handhabten.

Noch erschreckender als diese Fristendiskussion finde sie aber beim Blick in die vorliegenden Anträge der Koalitionsfraktionen, welches Volumen sie im Haushalt noch bewegten und welche eigenen Akzente sie noch setzten. Das halte sie wirklich für ein Armutszeugnis. Es habe auch bis jetzt gedauert, bis sich die Koalitionsfraktionen überhaupt zum Haushalt geäußert hätten – abgesehen davon, dass sie es während der Regierungszeit ihrer Fraktion nicht hätte vermitteln können, nicht über Konjunkturprogramme oder sonstige Impulse zu reden. Sie halte es im negativen Sinne für bemerkenswert, dass man wochenlang aus der großen CDU-Fraktion, aber auch seitens ihres Koalitionspartners FDP außer Streitereien über die Frage, wie mit dem Konjunkturpaket I und dem Konjunkturpaket II umgegangen werde, nichts höre. Jetzt lägen Haushaltsanträge vor, die alles andere böten als eine inhaltliche Kontur. Ihres Erachtens sollte darüber auch plenar noch einmal diskutiert werden.

Zu den Abläufen der Haushaltsberatungen stimme sie dem Kollegen Groth absolut zu. Der Finanzminister habe eben noch einmal angedeutet, sich alles viel schneller vorstellen zu können. Vorgesehen sei, den Haushalt im Februar zu verabschieden, und zwar deshalb, weil die Regierung kurzfristig noch eine Ergänzung eingebracht habe, die sonst nicht hätte beraten werden können. Wenn vielleicht am 12. Februar der Haushalt verabschiedet werde, werde einen Tag später abschließend der Bundestag beraten und eine Woche später der Bundesrat.

Wenn man vergleiche, wie andere Länder damit umgingen, könnte man auch sagen, entweder man mache es sehr viel früher – was von den Abläufen her gar nicht mehr gehe – oder man warte noch 14 Tage, bringe dann die notwendige Ergänzung ein, und man habe dann in einem Block komplett die Haushaltsmaßnahmen verabschiedet. Dann hätte man einen Haushalt, der nicht Zahlen enthielte, vor allen Dingen auf der Ausgabenseite und bei der Nettoneuverschuldung, die nicht mehr zu verantworten seien, weil sie längst Makulatur seien.

Sie verstehe nicht, warum dieser Weg nicht gewählt werde. Dieser Weg sei mit der SPD machbar. Sie verstehe nicht, warum darüber diskutiert werde, es schneller zu machen. Sie wüsste gar nicht, wie. Die Koalitionsfraktionen hätten selber gesagt, am 11. oder 12. Februar werde der Haushalt verabschiedet. Diesen Zeitplan habe man gemeinsam festgelegt. Sie habe bis heute keine Initiativen aus den Fraktionen CDU und FDP gehört, den Zeitplan zu verändern.

Warum aber jetzt nicht wie in anderen Ländern die Ergänzung vorbereitet werde, damit sie nach dem 20. Februar, wenn formal auch der Bundesrat beschlossen habe – die FDP habe ihren Widerstand ja aufgegeben –, am anderen Morgen vorliege, verstehe sie bis heute nicht. Möglicherweise hänge das mit internen Koalitionsstreitereien zusammen. Nach außen hin sei der Eindruck auf jeden Fall mehr als desaströs.

Volkmar Klein (CDU) merkt an, weil die CDU-Fraktion es für wichtig halte, den Haushalt möglichst schnell zu beschließen, habe sie durchaus die Initiative ergriffen, die dritte Lesung eventuell direkt an die zweite Lesung anzuschließen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU habe mit der Fraktionsvorsitzenden der SPD darüber ein Gespräch geführt, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Er empfehle eine Verbesserung des Kommunikationsflusses innerhalb der SPD-Landtagsfraktion.

(Gisela Walsken [SPD]: Auf der Fraktionsvorsitzenden-Ebene ist nicht geredet worden! Kein Wort!)

Das sei für die CDU-Fraktion dann allerdings auch nachvollziehbar gewesen, weil stattdessen immer wieder, gerade auch noch einmal, vorgeschlagen worden sei, nicht vorzuziehen, sondern aufzuschieben, um das Bundesgesetz zum Konjunkturpaket abzuwarten.

Er habe schon einmal gesagt, weshalb seine Fraktion es für richtig halte, das nicht zu tun. Das wäre unrealistisch. Das wäre ja keine Verschiebung um vier Wochen, sondern sicherlich um mehr Wochen, und das noch ohne weitere Anhörungen usw. Seine Fraktion halte das jetzige Verfahren für richtig.

Zum Eingang der Anträge: In der Vergangenheit habe es öfter vergleichbare Diskussionen gegeben. Wenn dann zu Recht kritisiert worden sei, dass die CDU ihre Anträge sehr spät eingebracht habe, dann habe er das auch eingeräumt und für die Zukunft Besserung gelobt. Die CDU habe nie Probleme damit gehabt, das zuzugestehen.

Aber in diesem Fall treffe der Vorwurf nicht zu. Am Dienstag seien die Anträge der CDU verschickt worden und bei allen angekommen. Am Mittwoch seien die Anträge der SPD-Landtagsfraktion verschickt worden. Am Mittwochnachmittag seien als Letztes dann auch noch die Anträge der Grünen bei allen Abgeordneten eingegangen. Insofern könne er die Kritik nicht ganz nachvollziehen. Er bitte dann darum, dass auch die Opposition ihre Anträge schon zwei Tage vorher einbringe, wie die Koalitionsfraktionen das getan hätten.

Frau Kollegin Walsken habe gerade gesagt, der Inhalt des Haushalts sei teilweise Makulatur.

(Gisela Walsken [SPD]: Die Zahlen!)

Das räume er ein. Das habe man eben gesagt. Es sei bekannt, dass es durch den angekündigten Nachtrag aufgrund des Konjunkturpakets Veränderungen geben werde. Der Finanzminister habe eben auch gesagt: Das werde, wenn die Wirkungen des Konjunkturpakets eingerechnet seien, zu weniger Steuereinnahmen und einer höheren Neuverschuldung führen.

Wenn aber gleichzeitig heute hier Anträge der SPD-Fraktion für den Haushalt 2009 beraten werden sollten, die 250 Millionen € Steuermehreinnahmen beinhalteten, frage er sich allerdings, auf welchem Stern die SPD-Fraktion lebe. Man könne doch nicht allen Ernstes jetzt einfach sicherlich wünschenswerte Mehrausgaben beschließen in der Annahme, 250 Millionen € Steuermehreinnahmen zu haben, die diese Mehrausgaben decken sollten. Das habe zwar Tradition in der SPD, aber das könne doch das Land Nordrhein-Westfalen nicht weiterführen. Das könne das Land genauso wenig weiterbringen wie eine Rückführung von BLB-Darlehen. Ihn würde die Liste interessieren, welche Objekte der BLB denn verkaufen solle und an welche Käufer.

(Gisela Walsken [SPD]: Das gibt es doch gar nicht!
Das wissen Sie doch genau!)

Natürlich sei das eine Luftbuchung. Auch das habe Tradition. Man habe in der Vergangenheit von der alten Landesregierung immer wieder Verkaufserlöse zur Deckung des Haushalts lesen können, die nie erzielt worden seien. Deswegen sei es abenteuerlich, jetzt als Deckung für sicherlich wünschenswerte Mehrausgaben den Verkauf von Tafelsilber anzubieten, wofür es nicht die geringste Begründung gebe.

Im laufenden Verfahren plötzlich Zinsen einsparen zu wollen, sei ohnehin ein bisschen abenteuerlich. Die SPD-Fraktion wolle 185.297.700 € weniger Zinsen bezahlen, habe also eine ziemlich exakte Vorstellung davon, wie viel Euro weniger an Zinsen bezahlt werden sollten. Das scheine ihm eher ein Differenzbetrag zu sein, der noch übriggeblieben sei in irgendeiner Excelliste, die für die Deckung erstellt worden sei. Mit Seriosität habe das aber nichts zu tun.

(Gisela Walsken [SPD]: Dann erklären Sie einmal Ihre Anträge!
Da bin ich gespannt!)

Er meine, dass es sinnvoll sei, jetzt schon darauf hinzuweisen. Dann brauche man vielleicht gleich nicht so intensiv darüber zu reden. Vielleicht wolle die SPD die einzelnen Punkte nachher noch genauer begründen.

Insbesondere bei den 117 Millionen € beim BLB habe die SPD in der Begründung geschrieben, dass sie lukrativ veräußern wolle. Das sei der Gipfel an Chuzpe: 117 Millionen € aus lukrativen Immobilienverkäufen. Das sei in der gegenwärtigen Marktlage ein Ausdruck absoluter Realitätsferne.

Ewald Groth (GRÜNE) korrigiert seinen vorherigen Beitrag. Man habe die Anträge der CDU nicht erst seit 24 Stunden, sondern bereits seit 36 Stunden. Sie seien tatsächlich am Dienstag spät bei ihm eingegangen. Die CDU habe eine ganze Menge Anträge vorgelegt. Er werde bei dem einen oder anderen Antrag auch nach der Begründung fragen. Denn ihn interessiere, ob Herr Klein von den eigenen Anträgen überhaupt schon Kenntnis genommen habe und wie gut er vorbereitet sei. Er wolle nachweisen, wie das hier laufe, damit einmal öffentlich und transparent werde, wie in diesem Parlament tatsächlich entschieden werde.

Die Anträge seiner Fraktion, die sie heute vorgelegt habe, seien die Anträge zu diesem Fachausschuss. Sie seien inhaltlich nicht neu, sondern lange bekannt. Alle anderen Anträge seien teilweise schon im Oktober in den jeweiligen Fachausschüssen gestellt und dort auch behandelt worden. Die einzigen Anträge, die seine Fraktion gestern noch geschickt habe, seien die Anträge zu diesem Fachausschuss.

Abschließende Beratung und Abstimmung

Zur **Übernahme** von in den Fachausschüssen gestellten **Anträgen** und zur Übernahme der im Unterausschuss „Personal“ sowie im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ gefassten **Beschlüsse** sind die Ergebnisse den Seiten 6 f. des **Ausschussberichts Drucksache 14/8000** zu entnehmen.

Alle in der heutigen Sitzung zum Personal- und Sachhaushalt gestellten **Änderungsanträge** mit Begründung sowie die **Abstimmungsergebnisse** sind den **Berichten** des Haushalts- und Finanzausschusses – **Drucksachen 14/8000 bis 14/8006, 14/8008, 14/8010 bis 14/8015 und 14/8020** – zu entnehmen.

In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wie folgt wiedergegeben:

Personaletat

Kapitel 04 210 Titel 422 01: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

CDU/FDP-Antrag 04/01 der Vorlage 14/2251

Auf Frage der **Vorsitzenden Anke Brunn**, ob der Ausschuss das mit Vorlage 14/2251 übermittelte Beratungsergebnis des Unterausschusses „Personal“ mit demselben Stimmverhalten der Fraktionen übernehmen wolle, korrigiert **Ewald Groth (GRÜNE)** das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im Unterausschuss „Personal“ zum Antrag 04/01.

Die Beschlussvorschläge hätten im Unterausschuss „Personal“ erst mittags zur Sitzung auf dem Tisch gelegen. Aus dem Grunde habe sich seine Fraktion während der Sitzung nicht in der Lage gesehen, alles richtig zu überblicken und an jeder Stelle richtig abzustimmen.

Deshalb stelle er das richtig: Die zusätzlichen Richter und Staatsanwälte, die jetzt mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen installiert werden sollten und präventiv und haftvermeidend wirken sollten, betrachte seine Fraktion als ein erstes Ergebnis der Enquetekommission, die in diesem Hohen Hause eingerichtet worden sei, um sich mit dem Thema Jugendgewalt auseinanderzusetzen. Er halte das für ein gutes Ergebnis, ohne dass die Enquetekommission ihre Arbeit schon abgeschlossen habe. Präventiv und haftvermeidend zu arbeiten entspreche den Vorstellungen seiner Fraktion.

Er habe im Unterausschuss „Personal“ fälschlicherweise gegen den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen gestimmt. Die Grünen wollten dem Antrag der Koalitionsfraktionen in dieser Frage jetzt gern zustimmen.

Vorsitzende Anke Brunn kündigt an, den Abstimmungsvorschlag so zu modifizieren, dass diese Korrektur einbezogen werden könne, ohne in weitere Details der Anträge einsteigen zu müssen.

Christian Möbius (CDU) entgegnet Herrn Groth, ganz so überraschend seien die Anträge nicht gekommen. Man müsse sich schon auf die Dinge konzentrieren. – Im Ergebnis begrüße die CDU-Fraktion selbstverständlich, dass die Grünen dem Antrag folgten.

Demgegenüber betont **Ewald Groth (GRÜNE)**, die Anträge seien erst mittags, und zwar unsortiert, vorgelegt worden, und dann habe der Unterausschuss sofort darüber abgestimmt. Das Verfahren kritisiere er. Jetzt den Eindruck zu vermitteln, die Grünen seien schlecht organisiert, sei schlechter Stil. Er hätte erwartet, dass Herr Möbius gesagt hätte, dass solche Anträge das nächste Mal einen Tag früher vorgelegt würden. Die Fraktion der Grünen bemühe sich, sich mit den Absichten der Koalition ernsthaft zu beschäftigen und Antworten zu geben, und das sollte man nicht verun-

möglichen. Wenn eine Menge an Vorschlägen komme, die nicht mündlich begründet würden, und dann sofort in die Abstimmung eingetreten werde, sei das kein seriöses parlamentarisches Verfahren.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) teilt grundsätzlich die Kritik der Grünen an der Vorgehensweise der Koalitionsfraktionen an dieser Stelle. Den Antrag 04/01 der Vorlage 14/2251 betrachte die SPD-Fraktion als Schritt in die richtige Richtung. Die vorgesehene Aufstockung bei den Planstellen für Richter und Staatsanwälte sei aber vor dem Hintergrund der zu erwartenden Ergebnisse der Enquetekommission noch nicht ausreichend. Seine Fraktion wolle sich aber nicht dagegen stellen und bleibe deshalb bei ihrer Enthaltung.

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

Kapitel 20 020 Titel 122 20, 122 31, 122 50, 122 51 und 122 52: Konzessions- und sonstige Einnahmen aus Lotterien und Wetten

CDU-FDP-Antrag 20/01

Auf Frage von **Ewald Groth (GRÜNE)**, was mit der Neufassung der Haushaltsvermerke beabsichtigt sei, erläutert **Volkmar Klein (CDU)**, es sei das haushalterische Nachvollziehen der Veränderung bei den Stiftungen. Verändert würden nicht die Zahlen, sondern nur die Titelgruppe.

Warum die Titelgruppe denn verlagert werde, möchte **Gisela Walsken (SPD)** wissen. – **Angela Freimuth (FDP)** führt aus, ursprünglich sei die Kunststiftung mit anderen Stiftungen in einer Titelgruppe zusammengefasst gewesen. Im Haushaltsentwurf der Landesregierung sei die Kunststiftung an eine andere Stelle verlagert worden. Die Regierungsfaktionen seien jedoch der Meinung, dass die Kunststiftung nicht in die Kulturabteilung verlagert werden sollte, sondern dass es sich bei der Kulturstiftung wie auch bei der Sportstiftung um besondere Stiftungen handle, die aus Gründen der Übersichtlichkeit weiterhin in Titelgruppe 02 020 zusammengefasst werden sollten.

Gisela Walsken (SPD) fragt daraufhin die Landesregierung, warum es überhaupt zur Verlagerung der Titelgruppe im Haushaltsentwurf gekommen sei. – **MR Kordula Attermeyer (StK)** antwortet, die Überlegung sei – genau umgekehrt – gewesen, die Kunststiftung in den Zusammenhang zu setzen, wie er in der Kulturabteilung jetzt bestehe. Organisatorisch könne man selbstverständlich auch einen anderen Weg gehen.

Kapitel 20 020 Titel 518 00: Zur Verstärkung der Ansätze für Mieten und Pachten an den BLB NRW in den Einzelplänen

CDU/FDP-Antrag 20/02

Ewald Groth (GRÜNE) bittet die antragstellenden Fraktionen, den Betrag von 4,6 Millionen €, um den der Ansatz gekürzt werden solle, aufzuschlüsseln.

Volkmar Klein (CDU) legt dar, zunächst einmal sei das der Betrag, der zur Finanzierung der Erweiterung des Landtagsgebäudes benötigt würde, und das sei interfraktionell abgesprochen.

Die Reduzierung des Verstärkungstitels um diesen Betrag könne zumindest von der SPD-Fraktion nicht infrage gestellt werden, weil diese ja die komplette Streichung dieses Verstärkungstitels von 11,6 Millionen € beantragt habe. Die Regierungsfraktionen hielten dies jedoch für unverantwortlich. Die dazu geführten Gespräche hätten aber ergeben, dass eine Reduzierung um 4,6 Millionen € für den abgesprochenen Zweck vertretbar sei. Die Mehrausgabe für den Landtagsanbau müsse gedeckt werden. Das solle hier geschehen, wobei nur ein Teil des nach wie vor für nötig gehaltenen Verstärkungsansatzes dafür benutzt werde.

Gisela Walsken (SPD) stellt fest, ihre Fraktion habe die komplette Streichung beantragt, weil dieser Titel nach ihrer Auffassung ein reiner Vorratstitel sei. Korrespondierend müssten ja die entsprechenden Mietzahlungen beim BLB erhöht werden. Wenn man sich den Haushaltsansatz 2008 und den Mittelabfluss ansehe, erscheine der Verstärkungstitel nicht gerechtfertigt. Aus Transparenzgründen sollte er auf null gesetzt werden.

Wenn die Kosten für den Landtagsanbau an dieser Stelle des Einzelplans 20 gedeckt werden sollten, besage das ja wohl, dass dieser Verstärkungstitel für Mieten und Pachten um mindestens 4,6 Millionen € zu hoch angesetzt gewesen sei. Dies klarzustellen, sei ihr die Diskussion wert gewesen.

Kapitel 20 020 Titel 632 10: NRW-Anteil an den Ausgaben des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Einkommensbesteuerung beschränkt steuerpflichtiger Rentner

CDU/FDP-Antrag 20/03

Ewald Groth (GRÜNE) fragt, warum die Landesregierung nicht mitteile, dass es hier ein neues Verfahren gebe. Daraus hätte man doch einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen machen können. Die Frage sei auch, warum die Landesregierung das nicht selbst einbringe.

LMR Günther Bongartz (FM) legt dar, hier gehe es nur um die Technik. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, die Beteiligung der Länder an den in Mecklenburg-Vorpommern entstehenden Kosten durch Gesetz zu regeln. Weil das jetzt durch ein Verwaltungsabkommen geschehe, werde diese Verpflichtungsermächtigung benötigt. Der Sachverhalt sei nicht neu, weil ein Baransatz dafür bereits im Haushaltsentwurf enthalten sei.

Angela Freimuth (FDP) hätte keine Probleme damit, daraus einen gemeinsamen Antrag zu machen.

Kapitel 20 020 Titel 799 75: Baumaßnahmen

CDU/FDP-Antrag 20/04

Nach der Abstimmung über diesen Antrag fragt **Volkmар Klein (CDU)**, warum die Grünen dagegen gestimmt hätten. Im Hauptausschuss sei nach gemeinsamer Beratung einvernehmlich verabredet worden, für die Verpflichtungsermächtigung für den Landtagsanbau diese Verpflichtungsermächtigung zu reduzieren.

Ewald Groth (GRÜNE) bittet um Entschuldigung. Er sei in dem Moment „nicht im Film gewesen“.

Kapitel 20 020 Titel 971 10: Unvorhergesehenes

CDU/FDP-Antrag 20/05

Ewald Groth (GRÜNE) fordert, den Ansatz auf 2 Milliarden € aufstocken. Die Kürzung des Ansatzes um 100.000 € zeige die Linie der Haushaltspolitik der Koalitionsfraktionen. Wenn sie wirklich für Unvorhergesehenes etwas tun wollten, müssten sie spätestens jetzt mit erheblichen Investitionen starten.

Volkmар Klein (CDU) erwidert, bei diesem Titel gehe es um Einzelhilfen bei Katastrophen. Inzwischen, im Januar, könne man Dinge schon etwas besser vorhersehen. Weil beschlossen worden sei, dass Nordrhein-Westfalen nach dem Erdbeben in China helfe, halte man es für richtig, an dieser Stelle einen Teil der Deckung zu erbringen, da diese Ausgaben genau diesem Titel entsprächen.

Einzelplan 02: Ministerpräsident**Kapitel 02 030 Titel 686 30: Zuschuss an die Europa-Union Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., Dortmund**

SPD-Antrag 02/10

Volkmar Klein (CDU) hält das Anliegen zwar für inhaltlich durchaus berechtigt; nach den Recherchen der CDU-Fraktion zufolge werde es jedoch möglich sein, im Interesse der Europa-Union im Haushaltsvollzug eine ausreichend praktikable Lösung zu finden. Daher sei der Antrag überflüssig.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) führt aus, man ziehe den Antrag unter der Voraussetzung zurück, dass ein Betrag in einer Größenordnung von 20.000 € im Haushaltsvollzug zur Verfügung gestellt werde.

Ewald Groth (GRÜNE) erklärt, er sei bei den „Geheimverhandlungen“ nicht dabei gewesen. Der Ordnung halber wolle er darauf hinweisen, dass es aus verfassungsrechtlichen Gründen keinerlei Einfluss der Fraktionen auf den Haushaltsvollzug gebe. Deshalb wolle er vom Finanzminister wissen, ob er dem Anliegen aussichtsreiche Chancen einräume oder ob man sich mit der Frage der Europa-Union doch noch einmal intensiver beschäftigen müsse.

LMR Günther Bongartz (FM) entgegnet, man nehme die Anregung, es im Haushaltsvollzug zu regeln, entgegen und werde den Wunsch an die Staatskanzlei weiterleiten.

Volkmar Klein (CDU) erwidert Ewald Groth, es hätten keine Geheimverhandlungen stattgefunden. Wegen des großen Interesses an der Europa-Union habe man sich erkundigt – mit dem Ergebnis, das er mitgeteilt habe. Man sei beruhigt und sicher, dass der Europa-Union auf diesem Wege geholfen werden könne.

Selbst wenn man diesem zurückgezogenen Antrag zustimmte, würde das Geld nicht automatisch an den Destinatär ausgezahlt, weil es sich bei einem Haushaltsplan um eine Ausgabeermächtigung und nicht um eine Ausgabeverpflichtung handele. Eingedenk dessen sei es ausreichend, sich auf seine Aussage zu verlassen.

Einzelplan 03: Innenministerium**Kapitel 03 500 Titel 686 60: Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland**und**Kapitel 03 500 Titel 686 70: Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland**

SPD-Anträge 03/01 und 03/02

Ewald Groth (GRÜNE) erläutert, beim Programm „1.000 mal 1.000“ für die Vereine, woraus sich die 1 Million € ergebe, handele es sich um eine reine Wahlkampfaktion. Zwar werde sich der einzelne Verein über 1.000 € freuen; es helfe ihm aber insbesondere bei der Qualitätsentwicklung des Breiten- oder Wettkampfsports nicht weiter, da das Geld wie mit einer Gießkanne über das Land verteilt werde.

Dieses Vorgehen halte er auch fachpolitisch für nicht richtig. Vielmehr sollte man die 1 Million € in Qualitätssicherung investieren, indem das Geld dem Vereinsförderprogramm zufließe. Dann werde es zweckentsprechend nur dorthin vergeben, wo es tatsächlich Wirkung entfalte. So könne man sportpolitisch handeln und werde letztlich auch finanzpolitisch zu einem guten Ergebnis kommen.

Hans-Theodor Peschkes (SPD) schließt sich Ewald Groth an. Zudem habe die ehemalige Sportausschussvorsitzende Gisela Hinnemann, CDU, dieses Programm für absurd erklärt.

Einzelplan 04: Justizministerium**Kapitel 04 210 Titel 684 50: Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der externen Drogenberatung von Strafgefangenen**

SPD-Antrag 04/03

Christian Möbius (CDU) wundert sich über die Fachpolitiker aus dem Rechtsausschuss, da die SPD-Fraktion einen neuen Titel und einen Ansatz von 90.000 € fordere. In den Erläuterungen zu Kapitel 04 410 Titel 514 60 – Verbrauchsmittel – finde sich unter anderem aber folgender Hinweis: „Kosten der externen Sucht- und Drogenberatung der Gefangenen: 525.000 €“. Im Etatentwurf seien also für diesen Zweck bereits 525.000 € ausgebracht, und die SPD-Fraktion fordere einen neuen Titel mit einem Ansatz von 90.000 €. Das sei äußerst widersprüchlich.

Hans-Willi Körfges (SPD) betont, es handele es sich um zusätzliche Mittel, die ausdrücklich für die Unterstützung der Mitwirkung freier Träger bestimmt seien.

Thomas Eiskirch (SPD) ergänzt, aus dem bisherigen Haushaltstitel würden „unter anderem“ die Kosten der externen Sucht- und Drogenberatung der Gefangenen finanziert. Eine Erhöhung eines Sammelhaushaltstitels sei aber wenig sinnvoll.

Im Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe die Landesregierung den entsprechenden Titel auf null gesetzt. In vielen Bereichen finde in den Justizvollzugsanstalten keine externe Drogenberatung mehr statt. Sie könne nur noch in wenigen großen Justizvollzugsanstalten finanziert werden und sei auch dort zurückgefahren worden.

Teilweise müssten die festen Mitarbeiter durch Personalveränderungen ganz andere Dinge tun, sodass auch die interne Drogenberatung nicht mehr in dem Umfang existiere. Die daraus entstehenden Folgen für die Gesamtgesellschaft könne er als stellvertretender Vorsitzender eines Beirats einer JVA ausführlich beschreiben. Diese Politik halte er sowohl für die Menschen im Gefängnis als auch für die Menschen außerhalb für verheerend.

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Kapitel 05 072 Titel 684 10: Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft

CDU/FDP-Antrag 05/05

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) führt aus, der Gesamtansatz im Bereich der Weiterbildung verändere sich nicht. Da es sich um eine wesentliche Erhöhung der Tagespauschalen handele, bleibe de facto nur der Schluss zu, dass die privaten Träger ihr Angebot an dieser Stelle eventuell reduzierten. Er bitte den Vertreter des Ministeriums um Auskunft.

Ihm erschließe sich das auch nicht, betont **Ewald Groth (GRÜNE)**. Er bitte Herrn Klein, die Frage zu beantworten. Immerhin gehe es um einen Antrag der Koalitionsfraktionen. Danach könne gerne die Landesregierung Stellung nehmen.

Volkmar Klein (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die Weiterbildungsträger im Wesentlichen zwei Wünsche geäußert hätten: Zum einen wollten sie mehr Geld bekommen. Diesem Wunsch sei die SPD mit ihrem Antrag gefolgt. Dies sei ein lobenswertes Anliegen. Es müsse aber von den Koalitionsfraktionen abgelehnt werden, weil man dafür keine Deckung sehe. Die Mittel für die Weiterbildung könnten leider nicht ausgeweitet werden.

Die Weiterbildungsträger hätten zum Zweiten immer wieder vorgebracht, dass ihre betriebswirtschaftliche Situation unbefriedigend sei. Das liege daran, dass pro Teilnehmertag bisher ein Betrag von 16,90 € gewährt werde, was nicht auskömmlich sei. Der Betrag werde nunmehr auf 25 € angehoben, was dazu beitrage, dass sich die Situation der Weiterbildungsträger verbessere.

MR Hermann Mohnen (MSW) gibt an, der Antrag beinhalte eine Kostenneutralität. Die Erhöhung des Teilnehmerdurchschnittsatzes bedeute in der Konsequenz, dass die Anzahl der Teilnehmertage reduziert werden müsse.

Das hielte er für nachvollziehbar, wenn die Teilnehmerzahlen gesunken wären, meint **Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)**. Nach dieser Auskunft sehe er aber eine andere Linie.

Angela Freimuth (FDP) legt dar, die Weiterbildungsträger hätten vorgetragen, dass die Pauschale für den Teilnehmertag seit zwölf Jahren nicht mehr angehoben worden sei, während es in der Zwischenzeit erhebliche Preissteigerungen gegeben habe, nicht zuletzt durch die Anhebung der Mehrwertsteuer. Von daher sei eine Anpassung der Pauschale für den durchgeführten Teilnehmertag sinnvoll und geboten.

Kollege Klein habe bereits dargestellt, dass in diesem Haushalt eine Aufstockung der gesamten Mittel nicht möglich sei. An der Stelle würden aber die Träger der Weiterbildung unterstützt, damit sie die Weiterbildungsangebote auch richtig kalkulieren und durchführen könnten.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) erklärt, seine Fraktion stimme dem Vorhaben zu, den Tagessatz anzupassen.

Ewald Groth (GRÜNE) ist damit nicht zufrieden, weil das bedeute: gleiches Geld für weniger Leistung. Wenn die Summe gleich bleibe, würden weniger Teilnehmertage bezahlt. Bürgerinnen und Bürger könnten bei den Weiterbildungseinrichtungen weniger abrufen. Wenn man den Haushalt nicht ausweiten wolle und die Träger der Weiterbildung mehr abrechnen wollten und mehr anmeldeten, dann wäre es verständlich, wenn man im Haushaltsvollzug am Ende etwas drauflegen würde. Wenn das so geplant wäre, könnte er es noch verstehen.

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Kapitel 06 025 Titelgruppe 70: Innovationsfonds

und

Kapitel 06 026 Titelgruppe 61: Förderung von Innovation in Technologiefeldern

CDU/FDP-Anträge 06/01 und 06/02

Ewald Groth (GRÜNE) legt dar, die Erhöhungen der Verpflichtungsermächtigungen machten deutlich, dass man erwarte, dass Mittel nicht abgerufen würden. Die im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel würden vermutlich nicht abfließen. Es gehe darum, die Mittel in das nächste Haushaltsjahr zu retten. Das zeige aber auch, dass es

zu einem Mehr an Bürokratie komme und dass man nicht stringent für einen Mittelabfluss Sorge. Es klinge immer gut, wenn man von Wettbewerb rede. Ein Mehr an Bürokratie Sorge am Ende dafür, dass der Mittelabfluss sich nicht so gestalten sollte, wie es sein sollte. Seine Fraktion werde den Erhöhungen der VE aber zustimmen.

Angela Freimuth (FDP) bedankt sich für die Unterstützung. Die Wettbewerbe dienen im Übrigen dazu, kreatives Potenzial freizusetzen und tatsächlich die beste Lösung zu suchen.

Ewald Groth (GRÜNE) betont, seine Fraktion sei nicht gegen den Gedanken des Wettbewerbs, ganz im Gegenteil. Seine Fraktion halte das nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern gesamtgesellschaftlich für wichtig. Es sei allerdings nicht nötig, britische Juroren für die Verfahren einfliegen zu lassen. Die Landesregierung sei nicht in der Lage, das vernünftig zu administrieren, weshalb es sehr lange dauere. Er sei sehr dafür, dass die besten Ergebnisse und die kreativen Ideen zum Zuge kämen. Das müsse aber schnell geschehen. Das gelte hier genauso wie für die Rezessions- und Konjunkturmaßnahmen. Am Ende komme man wieder zu spät.

Thomas Eiskirch (SPD) führt aus, das, was er jetzt sage, könne man inhaltlich auch auf den Einzelplan 08 übertragen. Dort werde in der Begründung der CDU- und FDP-Anträge deutlich gemacht, dass Frau Thoben in der Art und Weise, wie sie die Wettbewerbe organisiert habe, grandios gescheitert sei. Die Mittelverausgabung habe nicht wie geplant vollzogen werden können, und Projekte im Land seien nicht angestoßen worden. Er begrüße, dass auch die CDU- und FDP-Fraktion das in dieser Eindeutigkeit schriftlich kommentiert hätten.

Natürlich sei seine Fraktion dafür, dass Mittel nicht zurückgegeben werden müssten. Es sei immer signalisiert worden, man müsse sich keine Gedanken machen; finanzielle Mittel seien auch für die Folgejahre in ausreichender Höhe vorhanden. Das könne man im Moment im Haushaltsvollzug nicht beurteilen, weil aus den Häusern auch in den Berichterstattegesprächen gegenteilige Äußerungen gekommen seien. Die SPD-Fraktion werde sich bei der Abstimmung über die entsprechenden Anträge der Stimme enthalten.

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**Kapitel 08 050 Titel 683 20: Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen in Folge von Kapazitätsanpassungen**und**Kapitel 08 050 Titelgruppe 70 (neu): Strukturhilfe für vom Kohlerückzug betroffene Gebiete**

SPD-Anträge 08/02 und 08/01

Bezüglich beider Anträge bittet **Thomas Eiskirch (SPD)** um Zustimmung. Im Koalitionsvertrag sei festgeschrieben, dass all die Mittel, die man beim Bergbau sparen wolle, in die Erneuerung der wirtschaftlichen Struktur des Landes fließen sollten. Das könne man in der mittelfristigen Finanzplanung nicht erkennen, weil diese Mittel nie in den entsprechenden Einzelplänen ankämen. Insofern sollte man wenigstens die Chance nutzen, die Mittel, die im Haushaltsvollzug nicht für die Steinkohle verausgabt werden müssten, in den Gebieten, in denen demnächst keine Steinkohle mehr abgebaut werden solle, zur Gestaltung des Wandels einzusetzen. Er bitte daher, den Nutzungsvermerken und der Einführung der neuen Titelgruppe zuzustimmen.

Angela Freimuth (FDP) stellt heraus, ihrer Fraktion gehe es nicht darum, dass keine Steinkohle mehr abgebaut werde. Es gehe lediglich darum, dass man diesen Steinkohleabbau nicht subventionieren wolle. Kollege Eiskirch habe es so dargestellt, als wenn man den Steinkohleabbau nicht mehr wolle. Das sei jedoch eine unternehmerische Entscheidung. Die FDP wolle nur keine Subventionen mehr dafür zahlen.

Ewald Groth (GRÜNE) erwidert, einen solchen Bergbau werde es angesichts der steigenden Energiepreise weder jetzt noch in der Zukunft geben. Ohne Subvention funktioniere es nicht. Im Antrag 08/02 gehe es darum, die Zuschüsse, die wegen steigender Kohlepreise nicht gezahlt werden müssten, einzukassieren. Dem stimmten die Grünen zu, und Frau Freimuth könnte das eigentlich genauso tun.

Abgelehnt werde von den Grünen allerdings, das für ein Vor-Ort-Programm zu verwenden, wie mit Antrag 08/01 vorgesehen. Nach Meinung seiner Fraktion seien die Kohlerückzugsgebiete durch das Ziel-2-Programm abgedeckt.

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Verkehr**Kapitel 14 110 Titelgruppe 66: Investitionsförderung nach § 12 und § 13 ÖPNVG NRW aus Bundesfinanzhilfen nach dem Entflechtungsgesetz**und**Kapitel 14 110 Titel 883 14: Zuweisungen nach Artikel 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes (Entflechtungsgesetz) für Straßenbaumaßnahmen der Gemeinden und Kreise**

CDU/FDP-Anträge 14/01 und 14/02

Gisela Walsken (SPD) führt aus, bei diesen Anträgen gehe es einerseits um den kommunalen Straßenbau und andererseits um Mittel für den ÖPNV. Sie würde gerne erfahren, ob die gegenseitige Deckungsfähigkeit hier beantragt werde, um die Mittel aus dem ÖPNV-Bereich in den kommunalen Straßenbau zu verschieben, oder umgekehrt.

Volkmar Klein (CDU) antwortet, der Hauptgrund liege darin, die Gelder überhaupt vereinnahmen zu können. Gegenwärtig bestehe noch Unklarheit darüber, wie viel Geld für was zur Verfügung stehe. Insofern benötige man diese Flexibilität. Man könnte dies natürlich auch in einem Nachtragshaushalt regeln. Da aber bereits klar sei, dass man dies brauche, wolle man es schon jetzt beantragen.

Gisela Walsken (SPD) fragt das zuständige Ministerium, wie sich der Ist-Abfluss in den beiden Titeln für das Jahr 2008 gestaltet habe.

RD Axel Thias (MBV) lässt wissen, pro Jahr erhalte man an Entflechtungsgesetzmitteln vom Bund 259 Millionen € für den Bereich ÖPNV und kommunaler Straßenbau. Die Aufteilung dieser Mittel obliege den Bundesländern. Bislang werde dies hälftig gemacht, also 129 Millionen € für den ÖPNV-Bereich und 129 Millionen € für den kommunalen Straßenbau. In den vergangenen Jahren habe es von den einzelnen Fachabteilungen wechselseitige Anfragen gegeben, entsprechend aktueller Bedarfslagen Verschiebungen vorzunehmen. Dies sei damals nicht möglich gewesen. Um solchen Anfragen im Haushaltsjahr 2009 begegnen zu können, werde jetzt diese Flexibilisierungsmöglichkeit vorgesehen. Damit sei jedoch noch nicht präjudiziert, in welche Richtung etwas verschoben werden solle.

Die von der Abgeordneten Walsken erbetenen Zahlen werde er nachreichen.

Für **Ewald Groth (GRÜNE)** ist unklar, auf welcher Basis entschieden werde. Seine Fraktion sei dagegen, dass der Straßenbau ÖPNV-Maßnahmen verhindere. Insofern werde er beide Anträge ablehnen.

Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie und Integration**Kapitel 15 040 Titelgruppe 61: Kinder- und Jugendförderplan**

CDU/FDP-Antrag 15/01

Britta Altenkamp (SPD) möchte wissen, warum die Mittel für die Position 1.4 – Gedenkstättenfahrten – halbiert und die Mittel für die Position 5.3 – Jugendaustausch mit der Türkei, Ghana und Israel – um 1 Million € erhöht werden sollten. Es möge durchaus Gründe geben, warum man zum Beispiel den Jugendaustausch mit Israel verstärke. Allerdings verstehe sie dann nicht, weshalb die Mittel für Gedenkstättenfahrten reduziert würden. Im Fachausschuss habe es darüber keine Diskussion gegeben, da unklar gewesen sei, dass die Koalitionsfraktionen so weit in die Einzelpositionen des Jugendförderplans eingreifen würden.

Volkmar Klein (CDU) antwortet, offenkundig sei, dass man mit der Erhöhung der Mittel für einen Austausch mit Israel und Ghana zur Belebung der neuen Partnerschaft beitragen wolle. Bezüglich der Reduzierung der Mittel für Gedenkstättenfahrten weise er darauf hin, dass man an anderer Stelle, nämlich bei der Position Erinnerungskultur, die Mittel erhöht habe und dass ja auch der Austausch mit Israel verstärkt werde. Insofern werde nichts Wichtiges vernachlässigt. Er halte diese Anträge für sehr gut begründbar.

Britta Altenkamp (SPD) hält die Ausführungen des Abgeordneten Klein für keine gute Begründung. Angesichts der besonderen Verantwortung gegenüber Israel könne die Verstärkung des Jugendaustauschs mit Israel durchaus sinnvoll sein. Sie könne aber nicht nachvollziehen, dass gleichzeitig die Mittel für Gedenkstättenfahrten reduziert würden.

Volkmar Klein (CDU) weist noch einmal darauf hin, dass mit Antrag 02/10 der Regierungsfaktionen vorhin beschlossen worden sei, im Haushaltsjahr 2009 200.000 € zusätzlich für Erinnerungskultur auszugeben. Insofern halte er die Kritik für nicht nachvollziehbar, dass die Mittel für Gedenkstättenfahrten um 100.000 € gekürzt würden. Im Saldo stünden 100.000 € mehr zur Verfügung.

Kapitel 15 055 Titelgruppe 95: Hilfen für Wohnungslose

SPD-Antrag 15/09

Norbert Post (CDU) weist darauf hin, dass erst am gestrigen Tage eine Anhörung zu dem in Rede stehenden Thema stattgefunden habe. Diese werde in den nächsten Tagen ausgewertet. Insofern könnte es eventuell in der dritten Lesung noch zu Änderungen kommen.

Da es um die Sache gehe, hielte **Britta Altenkamp (SPD)** es für sinnvoll, den Antrag zurückzustellen. Dies bedeute jedoch, dass auch der Antrag der Koalitionsfraktionen 15/03 zurückgezogen werden müsse.

Vorsitzende Anke Brunn weist darauf hin, dass über diesen Antrag schon abgestimmt worden sei, und schlägt vor, in der heutigen Sitzung auch über den SPD-Antrag 15/09 abzustimmen und zur dritten Lesung gegebenenfalls neue Anträge zu stellen. – Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

Kapitel 15 081 Titel 534 10: Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung

und

Kapitel 15 081 Titel 684 20: Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit an Träger von anerkannten Einrichtungen der politischen Bildung

SPD-Anträge 15/04 und 15/05

Angela Freimuth (FDP) merkt zu diesen Anträgen an, dass die FDP die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Linksextremismus ausdrücklich teile und als wichtiges Anliegen empfinde. An dieser Stelle könne ihre Fraktion den Änderungsanträgen zum Haushalt aber dennoch nicht folgen.

Schlussabstimmung

Auf Fragen der **Vorsitzenden Anke Brunn**, ob der Haushalt ausgeglichen sei, legt **RD Inge Schlupp (FM)** dar, durch die heutigen Beschlüsse habe man Einnahmen und Ausgaben gleichermaßen um 2 Millionen € erhöht. Das Haushaltsvolumen betrage jetzt 52.717.741.600 €. Gleichzeitig habe man heute die Verpflichtungsermächtigungen um 103.520.000 € auf nunmehr 3.624.607.200 € erhöht. Der Haushalt sei ausgeglichen. Die Nettokreditermächtigung sei unverändert.

Der Ausschuss **fasst** einstimmig den auf Seite 4 des Ausschussberichts Drucksache 14/8020 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 14/7000 und 14/7900** unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen **zur zweiten Lesung anzunehmen**.

Berichtersteller: Lutz Lienenkämper (CDU)

Vorsitzende Anke Brunn dankt abschließend namens des gesamten Ausschusses der Ausschussassistentin Silvia Winands, aber auch allen anderen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für die hervorragende Vorbereitung, Strukturierung und Begleitung der Haushaltsberatungen.

4 Initiative Finanzverwaltung: Einnahmeverwaltung stärken – Effizienz verbessern – Gerechte Steuererhebung gewährleisten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4442

Ausschussprotokoll 14/588

In Verbindung mit:

Stabile Finanzen und eine gut aufgestellte Finanzverwaltung – Zwei Seiten ein und derselben Medaille

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6848

Vorlage 14/2166

Ausschussprotokoll 14/700
(Expertengespräch des Unterausschusses „Personal“)

Und:

Steuerflucht bekämpfen – endlich mehr Personal in die Steuerprüfung

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6337

Vorsitzende Anke Brunn teilt mit, inzwischen sei der angekündigte gemeinsame Entschließungsantrag als Tischvorlage verteilt worden. – Dazu bittet **Angela Freimuth (FDP)**, zunächst eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Auf Seite 2 müsse es in der ersten Zeile des Textes des Entschließungsantrages nicht „... bis Mai dieses Jahres ...“, sondern „... bis Mai 2008 ...“ heißen. (*Der so geänderte Entschließungsantrag ist als Drucksache 14/8353 veröffentlicht.*)

Volkmar Klein (CDU) begrüßt, dass der Ausschuss über alle Fraktionsgrenzen hinweg ein wichtiges Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung geben könne, nachdem in einer schwierigen Zeit viel von ihnen erwartet worden sei.

Einige Punkte des Entschließungsantrags seien zugleich ein klares Signal an alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die sich nun auf das verlassen könnten, was dort geschrieben stehe. Die übrigen Punkte richteten sich speziell an die Finanzverwaltung, und das hätten die dort hervorragend arbeitenden Menschen auch verdient.

Gisela Walsken (SPD) bedankt sich bei der FDP-Fraktion, insbesondere Frau Freimuth, dafür, dass es gelungen sei, diesen Text gemeinsam hinzubekommen. Es sei ein gutes Signal in Richtung Finanzverwaltung. Sie gehe davon aus, dass man dann, wenn es um Details gehe, auch noch das eine oder andere gemeinsam auf den Weg bringen könne.

Der Ausschuss **nimmt den Entschließungsantrag** aller vier Landtagsfraktionen (*s. Drucksache 14/8353*) einstimmig **an**.

Zugleich werden die **Anträge** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/4442**, der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 14/6848** und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6337 für erledigt erklärt**.

gez. Anke Brunn
Vorsitzende

hoe/09.02.2009/12.02.2009